Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Sonntags-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht, Sonntags als Morgenausgabe monatl. M. 18.—, viertel jährl. M. 36.—; für Abholer monatl. M. 11.50. Morgen-Ausgabe allein M. 7.50 monatlich, Abend-Ausgabe allein M. 5.— monatlich. Durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 13.—, vierteljährlich M. 39.—; durch die Post innerhalb Deutschlands, frei ins Haus geliefert, Gesamt-Ausgabe monatlich M. 9.—, vierteljährlich M. 27.—, Auslandsversand: monatlich M. 10.— und Buchhandel-Porto. Einzelnummern: Morgen-Ausgabe 30 Pf., Abend-Ausgabe 20 Pf., Sonntags-Ausgabe 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates und des Polizeiamts der Stadt Leipzig, des Amtsgerichts Leipzig, sowie verschiedener anderer Behörden.

115. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Nonpareillezeile M. 1.75, von auswärts M. 2.25; Anzeigen von Behörden im amtlichen Teil die Nonpareillezeile M. 3.50, v. auswärts M. 5.—; kleine Anzeigen die Nonpareillezeile M. 1.40, von auswärts Mk. 1.50, Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Platz- und Datenvorschrift ohne Verbindlichkeit. Beilagenpreis für die Gesamtauflage Mk. 12.— netto, für Teilauflage Mk. 15.— netto pro Mille, Postauflage Postgebühr extra. Fernsprecher-Anschluß Nr. 14692, 14693, 14694. — Postscheckkonto 7505. Schriftleitung und Geschäftsstelle: Leipzig, Johannisgasse Nr. 8. Verlag Dr. Reinhold & Co.; Leipzig.

Nr. 101 — Sonntag, den 27. Februar — 1921

Amerika und die Mittelmächte

Hardings auswärtiges Programm.

London, 26. Februar. Die „Times" meldet aus Washington:

Dem Kongreß wird sehr bald eine Entschließung, ähnlich der des Senators Knox, unterbreitet werden, in der der Kriegszustand zwischen Amerika einerseits und Deutschland und Oesterreich andererseits für beendet erklärt wird.

Der neue Staatssekretär Hughes hat mit zahlreichen Außenpolitikern über die in der Außenpolitik zu befolgenden Richtlinien beraten. Unter den ihm unterbreiteten Ansichten befand sich eine offene Erklärung, daß die einzige Hoffnung für eine einigermaßen baldige Erholung Europas darin liege, daß England und Amerika ihre kontinentalen europäischen Sonderansprüche streichen und die Regelung der deutschen Reparation vereinfachen, um die Gefahr, die in der französischen Drohung, deutsches Gebiet zu besetzen, liege, zu beseitigen.

Soweit beurteilt werden kann, erwägt die neue amerikanische Regierung noch nicht die Streichung dieser Schuld. Der Urheber dieses Gedankens vertritt jedoch die Anschauung einer wachsenden Zahl von Amerikanern.

Hiermit vergleiche man den Aufsatz „Friede mit Amerika?" auf Seite 13 dieses Blattes.

Eine ernste Wendung in Polen

Kriegsrecht gegen die streikenden Eisenbahner.

Warschau, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die gemeldete Militarisierung der Eisenbahnen veranlaßt die Regierung zum Erlaß eines Aufrufes an das polnische Volk, der die Unterschriften sämtlicher Minister trägt. Es heißt darin u. a.:

Agitatoren haben den Ausbruch des Eisenbahnerstreiks der Regierung unter Mitteilung bestimmter Forderungen angemeldet. Sie haben damit die Axt an die Wurzel des eigenen Volkes und Landes gelegt. Ein Nachgeben wäre der Ausbruch der Anarchie und ein schwerer Niederbruch der sozialen Ordnung Polens. Polen hat seit der Stunde seiner Befreiung keine so ernste Zeit durchlebt wie jetzt. Regierung und Landtag tun alles, um den Staat aus der schwierigen Lage herauszuführen. Die Regierung hat sich daher genötigt gesehen, die Bahnen den Kriegsgesetzen zu unterwerfen.

Der Kommandant von Warschau läßt durch Maueranschlag bekanntgeben, daß auf Grund obiger Verfügung alle auf den Eisenbahnerstreik zurückzuführenden Vergehen gegen den Bahnverkehr durch Kriegsgericht abzuurteilen seien, die alle diese Vergehen mit dem Tode durch den Strang oder durch Erschießen bedrohen.

Das parteiamtliche Organ der polnischen sozialistischen Partei macht in einem eindringlichen Aufruf des sozialistischen Zentralkomitees mit aller Schärfe dagegen Front, die Sozialdemokratie mit dem Streik in Verbindung zu bringen, und führt in scharf geprägten Thesen aus, daß lediglich die Kommunisten hinter der Bewegung stünden, die es verstanden hätten, den linken Flügel der Sozialdemokraten an sich zu ziehen. Auch sollte eine Kommission die Bergarbeiter von Dombrowa zum Anschluß bereden.

Die Militarisierung der Bahnen wird durchgeführt, indem die wehrpflichtigen Eisenbahner zum Waffendienst einberufen, die Säumigen kriegsgerichtlich verurteilt werden.

Eine Entschließung der Post-, Telegraphen- und Telephonarbeiter macht den Anschluß an den Streik von der Bewilligung von Lohnerhöhungen bis zum 7. März abhängig.

Der Streik umfaßt einstweilen nur Warschau und Spierniewize sowie einige galizische Strecken.

Briand will marschieren lassen

Paris, 26. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Ein heute aus London hier eingetroffener französischer Politiker, der der französischen Umgebung Briands in London angehört, erklärt: Es sei der französischen Delegation in London bekannt, daß der deutsche Gegenvorschlag in der Wiedergutmachungsfrage hauptsächlich darin bestehe, daß Deutschland sich verpflichten wolle, im Laufe der nächsten 5 Jahre die zerstörten Gebiete wieder aufzubauen. Gleichzeitig bestätigt der frühere Ministerpräsident Painlevé in den Wandelgängen der Kammer dieses Gerücht. Aus London zurückgekehrte französische Politiker erklären außerdem, Briand sei entschlossen, diesen Vorschlag rundweg abzulehnen und zwar mit folgender Begründung:

1. Deutschland würde zu diesem Zwecke nur seine schlechtesten Elemente nach Frankreich in die zerstörten Gebiete schicken, Elemente der Unruhe, Unordnung und Gärung.
2. die französische Arbeitslosen- und Absatzkrise würde außerordentlich verschärft und auf unbestimmte Zeit verlängert.
3 müsse man Rücksicht nehmen auf die schwer geprüfte Bevölkerung in den zerstörten Gebieten. Man könne dieser Bevölkerung nicht zumuten, jahrelang mit den Urhebern ihres Unglücks zusammen zu sein.

Man sieht voraus, daß Lloyd George als echter Engländer Briand die Annahme dieses deutschen Gegenvorschlages empfehlen wird, welcher zur Folge hätte, daß Frankreich nun erst recht zum wirtschaftlichen Vasallen Englands degradiert werde.

Briand soll aber entschlossen sein, vor den Folgen eines Bruches mit der englischen Regierung nicht zurückzuweichen und die Verantwortung aller möglichen Maßnahmen auf seine eigene Kappe zu nehmen.

Eine Persönlichkeit die Barthou sehr nahesteht, versichert, daß die letzte Hand an die Ausarbeitung des Planes für einen Einmarsch in Deutschland gelegt wird.

Wir müssen die deutsche Börse mit Gewalt öffnen

London, 26. Februar. Briand erklärte einem Vertreter des Reuterschen Bureaus, nachdem er sich über den bisherigen Verlauf der Konferenz und über die englisch-französischen Beziehungen in zuversichtlicher Weise geäußert hatte, über die Reparationsfrage: Bevor diese Frage nicht geregelt ist, wird in der ganzen Welt Unruhe herrschen. Ueber die Gerechtigkeit der französischen Forderungen kann ein Zweifel nicht bestehen. Es ist bei einem Schuldner ganz üblich, zu erklären, er sei nicht in der Lage, zu zahlen. Wir sind gekommen, um die Gegenvorschläge Deutschlands anzuhören. Frankreich hat in dem in Paris erzielten Abkommen jedes Opfer gebracht, das möglich war; es ist bereit, alles anzunehmen, was die Lage verbessern würde. Wenn Deutschland nichts in seiner Börse hat, dann soll es sie öffnen, damit wir selbst nachsehen können; will Deutschland das nicht tun, dann müssen wir eben die Börse mit Gewalt öffnen.

Foch nach London berufen

Paris, 26. Februar. Nach einer Meldung der Agence Havas hat die Londoner Konferenz beschlossen, den Marschall Foch anzuhören. Aus diesem Grunde hat Briand dem Marschall telegraphiert, sofort nach London zu kommen. Die Agence glaubt, diese Aufforderung sei dem Wunsche der Alliierten zuzuschreiben, für jede Möglichkeit gerüstet zu sein.

Die Putschgefahr

Berlin, 26. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Hauptblätter zweier großer Parteien, des Zentrums und der Mehrheitssozialdemokratie, „Germania" und „Vorwärts", beschäftigen sich heute morgen eingehend mit den Berichten von abermaligen Putschplänen. Nachdem der Außenminister, der meist genannte deutsche Wirtschaftsführer Hugo Stinnes und der Leiter der Orgesch Forstrat Escherich in demselben Sinne und im Hinblick auf London vor innerpolitischen Unbesonnenheiten gewisser Rechtsextremisten gewarnt hatten, mußte es auffallen, daß nur die deutschnationale Presse diesen Warnungen gegenüber mißtrauisch blieb. Die „Deutsche Tageszeitung" hatte den Artikel von Stinnes als unnötigen Lärm abtun wollen und der „Lokal-Anzeiger" ist ihr gefolgt mit der Behauptung, Herr Simons habe gar keine Unterlagen für seine Warnungen und hätte sie sich lieber versagen sollen. Demgegenüber erklärt nun die „Germania", die ja schließlich unterrichtet sein muß:

„Nach unseren Informationen sind in der Tat Dinge im Gange, denen man die allergrößte Aufmerksamkeit widmen muß. Es handelt sich um Strömungen mit einem nationalbolschewistischen Einschlag, ähnlich, wie sie vor kurzem im Zusammenhange mit den Pariser Forderungen in München zutage getreten sind. Irgendwelche politisch oder militärisch verantwortlichen Stellen oder Persönlichkeiten können freilich mit diesen Dingen in keinerlei Verbindung gebracht werden. Es handelt sich vielmehr um eine in ihrer Agitation nicht ernst zu nehmende Gruppe, die am Werke ist, die gegenwärtige große Erregung zu gewissen Aktionen auszunutzen. Es scheint festzustehen, daß sich in Berlin ein nicht unerheblicher Kreis solcher, wie aber immer wieder betont werden muß, politisch und militärisch völlig unverantwortlicher Personen aus den beiden extremsten Lagern zusammengefunden hat, der in der nächsten Zeit den Versuch wagen will, zu einer größeren Demonstration in Berlin aufzurufen, von der nur noch nicht feststeht, ob sie bewaffnet oder unbewaffnet vorgenommen werden soll."

Das Blatt gibt eine Mitteilung der „Berliner Volkszeitung" wieder, nach der am letzten Montag eine Aussprache von rechtsstehenden Vertretern der Großindustrie in dem Weinrestaurant „Traube" in der Leipziger Straße unter Beteiligung von etwa 60—70 Industriellen und in Anwesenheit Ludendorffs stattgefunden haben soll. Bei der Erörterung der Aussichten einer politischen Aktion soll sich stärkerer Widerspruch geregt haben. Ferner hat die „Münchener Zeitung" positiv mitgeteilt, daß der bekannte kappistische Kapitänleutnant Ehrhardt den Stinnes herangetreten sei mit der Anregung, die Regierung zu stürzen und sich selbst zum Diktator auszurufen, wenn die Verhandlungen in London schlecht ausgehen sollten. Stinnes hat ihn ebenso abgewiesen, wie vorher Ludendorff.

Der „Vorwärts" schließt aus dem aufreizenden Artikel des ebenfalls kappistischen Freiherrn von Wangenheim, der in der „Deutschen Tageszeitung" erschien und überschrieben war: „Preußisches Volk, du sollst betrogen werden", daß gewisse Kreise der Deutschnationalen Partei mit allen Mitteln wieder zur Regierung kommen wollen, und er meint, nachdem sich gezeigt habe, daß der deutschnationale Wahlerfolg zu klein sei, um das auf Grund der Mandatsziffern zu erreichen, wollten die dem rechten Flügel der Partei angehörigen Elemente den Eintritt in die Regierung erzwingen.

Wir hoffen, daß diese Ausdeutung des „Vorwärts" zu weit geht, müssen aber wiederholen, daß die Haltung der „nationalen" Presse in dieser Sache sehr auffällig gewesen ist, während die Presse der Deutschen Volkspartei, z. B. die „Tägliche Rundschau", die Warnungen von Simons, Stinnes und Escherich sehr ernst genommen und zur Beherzigung empfohlen hat.

Kapitän Ehrhardt nicht in Deutschland

Berlin, 26. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Kapitän Ehrhardt weilt nicht mehr in Deutschland und erläßt aus seinem Aufenthaltsort eine Erklärung, daß die Erfahrungen des Kapp-Putsches ihn belehrt hätten, daß durch Gewaltmaßnahmen keine Gesundung der deutschen Politik zu erreichen sei, und daß er jede etwa im Kreise seiner Freunde auftretende Absicht auf einen neuen gegenrevolutionären Zusammenschluß auf das schärfste mißbillige.

Es muß trotzdem als feststehend gelten, daß einige in seiner Brigade als Unterführer tätig gewesene Persönlichkeiten glauben, militärische Vorbereitungen für den Fall eines ungünstigen Ausganges der Londoner Konferenz anregen zu müssen. An führende Persönlichkeiten der Reichswehr ist man nicht herangetreten. Die Erregung, die sich innerhalb weiter Kreise der Schutzwehr geltend macht, rührt aus anderen Gründen her. Der preußische Minister des Innern hat in der letzten Zeit eine Reihe von Beamten plötzlich entlassen und dadurch eine Unruhe in die Beamtenschaft getragen. Dazu kommt, daß jetzt die beamtliche Anstellung der Zivilkommissare beschlossen werden soll, deren Wirkung innerhalb der Schutzwehr eine einseitige parteipolitische Tendenz zeigt.

Politische Wochenschau

Von
Reichsminister a. D. Schiffer.

Wenn man das Ergebnis der Wahlen zur preußischen Landesvertretung lediglich nach der Ziffer der abgegebenen Stimmen prüft und wertet, macht man sich die Sache sehr leicht. Es gehört wirklich nicht viel dazu, die Vergleichszahlen nebeneinander zu stellen und danach zu dekretieren: diese Partei hat zugenommen und befindet sich demnach im Aufstieg, jene hat abgenommen und geht deshalb ihrer Auflösung entgegen, eine dritte hat sich behauptet und wird deshalb bleiben wie sie ist — basta! So einfach liegt aber die Sache nicht. Auf solchem Wege erhält man höchstens ein statistisches, nicht aber ein politisches Bild. Man muß schon etwas tiefer in die Zusammenhänge hineinsteigen, die Ziffern gruppieren und die Momente erforschen und berücksichtigen, die zu ihrem Zustandekommen mitgewirkt haben.

Auch bei Anwendung einer solchen Methode wird man indes nicht leugnen können, daß die Zunahme der Deutschnationalen Partei keine bloß äußerliche, zahlenmäßige ist, sondern auf ein inneres Erstarken hinweist. Sie ist ziemlich gleichmäßig in fast allen Landesteilen erfolgt. Wunderbar ist diese Erscheinung nicht. Es war doch wohl von vornherein damit zu rechnen, daß die Vergangenheit sich nicht wie mit einem Schwamm plötzlich von der Tafel der politischen Parteien wegwischen lassen, sondern daß sie ein gewisses Beharrungsvermögen zeigen würde. Nachdem ihre Anhänger in und kurz nach der Revolution einer lähmenden Apathie verfallen waren, regen sie sich wieder, finden in Anbetracht der wenig lockenden Verhältnisse der Gegenwart steigenden Zulauf und erzielen deshalb auf ganz natürlichem Wege wachsende Wahlerfolge. Man braucht bloß an die Geschichte Frankreichs nach 1871 zu denken, um zu erkennen, daß diese Entwicklung eine gegebene ist und etwas besonders Merkwürdiges oder Besorniserregendes keineswegs bedeutet. Haben doch in Frankreich, wo die Voraussetzungen für monarchistische Stimmungen und Strömungen an sich viel weniger günstig lagen als in Preußen, nur wenige Stimmen gefehlt, um die Monarchie wieder einzuführen! Es wäre für den Charakter des deutschen Volkes nicht einmal schmeichelhaft, wenn sich nicht auch in ihm eine Partei finden sollte, die in einer selbst an Eigensinn grenzenden, mehr gefühls- als verstandesmäßigen Zähigkeit an dem festhalten würde, was bisher ihr Lebensinhalt gewesen ist. Nun trifft all das allerdings mehr auf die konservative als die heutige deutschnationale Partei zu; und manche weissagen denn auch, daß mit der Vergrößerung der Partei auch die Aussicht auf ihr Spaltung zunehme. Diese Prophezeiung dürfte verfrüht sein; wenigstens so lange, als sich die Partei nicht entschließt, in eine Regierung mit der Sozialdemokratie einzutreten, oder vor die Entscheidung der Frage gestellt wird, ob sie hierzu bereit sei. Erst solche Kraftproben für den Umfang und die Stärke des in der deutschnationalen Partei enthaltenen altkonservativen Einschlags könnten zu Parteikrisen in ihr führen. —

Auch die Zunahme der Sozialdemokraten und der Kommunisten und die Abnahme der Unabhängigen deuten auf natürliche Vorgänge und decken sich mit ihnen. Die Unabhängige Partei hat aus inneren Gründen den Boden im Volk verloren, und gibt ihre radikalen Elemente nach links, die nach Ordnung, Ruhe und stetiger Entwicklung verlangenden an die Mutterpartei zur Rechten ab.

Wenn das Zentrum seinen Besitzstand im wesentlichen gewahrt hat, so beweist dies allerdings, daß ihm die Absplitterungsversuche der Christlichen Volkspartei im Westen nicht gefährlich sind. Anders aber steht es um die Bestrebungen, die sich an den Namen des Ministers Stegerwald anknüpfen. Sie sind durch die Wahlen keineswegs erledigt oder als unerheblich dargetan. Vielmehr hat der Leiter der Bewegung es nur vorgezogen, diese Wahlen noch einmal vorübergehen zu lassen, ohne in sie selbständig einzugreifen. Er hat aber in keiner Weise auf die Fortführung seiner sehr zielbewußten Bemühungen verzichtet, für die bereits demnächst eine neue große Tageszeitung in Berlin Zeugnis ablegen und wirken wird. Indem er diesmal noch bei seinen Anhängern die Wahlparole für das Zentrum abgegeben hat, schuf er eine Situation, die für den Augenblick, aber auch nur für ihn eine klare und einfache Grundlage bot. Wie sich die Bewegung, die ausgesprochenermaßen auf Gründung einer neuen Partei abzielt, weiter entwickeln wird, ist deshalb aus dem Wahlergebnis nicht zu ersehen.

Ebensowenig kann das summarisch ziffernmäßige Ergebnis der Wahl für die Würdigung der Deutschen Volkspartei und ihrer Zukunftsaussichten maßgebend sein. Diese Partei hat seit den Reichstagswahlen in konstanter Fortbildung der Erscheinungen, die sich bereits bei den Landtags- und Gemeindewahlen in Sachsen gezeigt hatten, in vielen Gebieten schwere Verluste erlitten, indem sie Zehntausende von Wählern, hauptsächlich wohl nach der rechten Seite hin, abgab. Sie hat diese Verluste durch Erfolge wettgemacht, die sie in anderen Teilen, insbesondere in Ostpreußen und Schleswig-Holstein erzielte. Aber eine derartige Kompensation von Gewinn und Verlust kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die einheitliche Entwicklung der Partei einen sich ständig erweiternden Bruch aufweist; und manches spricht dafür, daß sich ihr Gefüge auch nach der anderen Seite hin auf die Dauer nicht als widerstandsfähig erweisen wird.

Aehnlich liegt es bei der Deutschen Demokratischen Partei insofern, als ihre Verluste sich nicht gleichmäßig über das Land verteilen, sondern sehr erheblich durch die abnormen Niederlagen an bestimmten einzelnen Orten bedingt sind. Nimmt man diese heraus, so zeigt sich, daß die Partei ihren Bestand vom Juni 1920 mit verhältnismäßig nur geringen Abstrichen behauptet hat. Indes darf dieser Trost in Tränen über die Ungunst der Lage, in der sich die Partei befindet, nicht hinwegtäuschen. Sie muß aus ihr vielmehr den Ansporn entnehmen, zunächst einmal nicht wieder in den Fehler zu verfallen, den sie bisher begangen hat: nach den Wahlen schlafen zu gehen und erst kurz vor den nächsten Wahlen wieder aufzuwachen. Gerade die Deutsche De-